

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt: Riefaer Tageblatt, Nr. 20.

Postfachkonto: Dresden 1599, Kreispostamt Riefa Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Nr. 251.

Freitag, 26. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: gegen Vorauszahlung für die Zeit vom 20. bis 28. Okt. 1923 1/2 Mk. zuzüglich 10% Verlagssteuer. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Auslagen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 12 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 20 mm breite Feilsatzzeile 400 Mk.; zerstreuten und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Feilsatzpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenzifferzahl. Freie Tarife, Verwilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag veräußert durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezüge keine Ansprüche auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamations- und Verlags-: Langer & Winterfeldt, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riefa. Circulation: 12 Millionen.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 25. Oktober 1923.

In der heutigen Sitzung wird zunächst die Beratung fortgesetzt über die Anträge der Deutschen Volkspartei über die

Verförmung der Bevölkerung mit Brot und Kartoffeln

und Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Exportkrediten.

Abg. Franz (Soz.) behauptet, der erstere Antrag sei nichts als eine widerwärtige Deusele. (Lärm: Das ist eine unerbörte Ungezogenheit! Redner erhält einen Ordnungsruf.) Gerade die Partei der Antragsteller habe durch Aufhebung der Zwangswirtschaft zur Rettung der Bevölkerung beigetragen. Nicht die sächsische Politik sei Schuld an der Not, sondern die Abneigung der Bürgerlichen gegen die jetzige Regierung, die eine legale sei. Man vertriebe von jener Seite Schauerreden über die Zustände in Sachen und untergrabe damit jeden Kredit. Die Zukunft der Reichswirtschaft beruhe auch auf solchen falschen Informationen der Reichsregierung.

Abg. Claus (Dem.) bekämpft sich zur freien Wirtschaft, meint aber, der Abbau der Zwangswirtschaft sei zu rasch erfolgt, für Kartoffeln und Brot müßte sie auch jetzt weiter bestehen.

Abg. Schröder (Dn.) erklärt, seine Partei sei mit den Antragstellern in der Forderung nach Sicherung der Volksernährung einverstanden, halte aber den vorgeschlagenen Weg nicht für Erfolg versprechend. Die Landwirtschaft sei bedroht, an der Verringerung der Not mitzuhelfen. Der Wirtschaftsausschuß habe nicht einen einzigen praktischen Vorschlag machen können. Die Höchstpreisverordnung sei nicht mehr aufrecht zu erhalten. General Müller werde mit seinen Maßnahmen mehr Erfolg haben, als der Wirtschaftsausschuß mit seinem ruffischen Getreide. Die Getreidepreise Deutschlands sei in diesem Jahre so gut, daß man keine Besorgnisse zu hegen brauche.

Abg. Siewert (Kom.) behauptet, daß an dem Währungsstand und der Not die kapitalistische Klasse Schuld seien. Die angeblich unklaren politischen Zustände seien durch die Ankunft der Reichswähr (Schlimmer geworden).

Abg. Kunze (Dn.) verwirft sich von einer internationalen Hilfe nicht viel, die Hilfe müsse aus dem Zusammenarbeiten des ganzen Volkes kommen. Die Dresdner Geschäftsleute seien erstreckt über die Ankunft der Reichswähr, denn sie sei bisher von jungen Leuten, die nicht zu den Düngeleuten gehören, auf schwere terrorisiert worden.

Abg. Sasse (Soz.) sucht dem Abg. Müller gegenüber nachzuweisen, daß die Höhe der Arbeiter in Sachen nicht höher seien, als anderwärts.

Finanzminister Böttinger teilt mit, daß mit dem Gelde der internationalen Antieinflüsse Vorräte in Sachen gekauft worden seien, es würde ihr aber auch gelingen, Getreide von auswärts zu beschaffen.

Abg. Dr. Kleinhold (Dem.) stellt fest, daß nicht russisch, sondern sächsisches Mehl verhandelt würde.

Abg. Müller (DVP): Die Rede des Wirtschaftsausschusses bedingt sei das vorbildliche Beispiel einer inhaltlich und geistlich Rebe. Und was bedingt nicht gelungen sei, sei auch dem Finanzminister nicht gelungen.

Die Anträge Müller, Schneider und der Kommunisten werden an den Haushaltsausschuß V verwiesen.

Es folgt die erste Beratung über den Gesetzentwurf über Holzhilfen und Wiederanforderungen in nichtstaatlichen Waldungen. — Nachdem sich Redner aller Parteien grundrindlich mit den Bestimmungen des Gesetzes einverstanden erklärt haben, wird es dem Rechtsausschuß überwiesen.

Weiter stehen zur Beratung die Gesetzentwürfe eines

Arbeiterkammerngesetzes und eines Wahlgesetzes zum Arbeiterkammerngesetz.

Abg. Gantner (Dem.) erklärt, die Entwürfe würden nicht dazu beitragen, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Auch Abg. Bogt (DVP) spricht sich gegen die Entwürfe aus, die ausgehandelt seien auf den Richtlinien, die bei der Bildung des Kabinetts Seigner zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgestellt worden seien. Der Entwurf lasse das Verhältnis für den großen Kreis der Angehörigen vermissen. Seine Freunde lehnten den Entwurf ab.

Abg. Sieberath (Komm.) bekräftigt, daß der Entwurf das Ergebnis der Abmachungen der beiden Regierungsparteien darstelle. Die Arbeiterkammerngesetzidee sei nicht durchführbar.

Arbeitsminister Oranget verteidigt den Entwurf. Ein paritätisches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber sei nicht mehr möglich.

Abg. Kunze (Dn.) befürchtet, daß durch Gemeinheitsvereinigungen nicht die wirtschaftlichen Interessen vertreten werden können. Durch das Gesetz werde nur ein amtliches Klassenkampfinstrument geschaffen.

Abg. Langhorst (Soz.) spricht das Einverständnis seiner Partei mit der Vorlage aus. Auch diese Vorlage geht an den Rechtsausschuß.

Der Entwurf betreffend die Übernahme von Staatsbürgerrechten für die in der Gemeinheitsgesetzgebung Sachverhältnisse in Dresden zur Herbeiführung von Anwesenheiten wird sofort in Schlußberatung genommen und findet nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme.

Der Entwurf über die Gewährung unverzinslicher Darlehen in Höhe bis zu 5000 Goldmark an Schulbezirke zur Anschaffung von Heizstoffen für die Schulen wird ebenfalls einstimmig angenommen.

In der sechsten Stunde nachmittags beginnt die Aussprache über die Regierungserklärung

vom 25. Oktober. Sie wird eröffnet vom Abg. Dr. Kaiser (DVP): Das Interesse an dem Gezins zwischen der sächsischen und der Reichsregierung sei erdrabt. Das Einreden der Reichswehr sei nicht aus Scheingründen erfolgt, es sei nötig gewesen, um zu zeigen, daß wir in Deutschland noch Ordnung haben und die Staatsgewalt noch existiert. Erst als Herr Seigner zur Regierung kam, habe der Kampf gegen die Reichsregierung begonnen. Es habe heute gegeben, die weil sie sich nicht durch gute Taten berufen machen konnten, schlechte Taten vollbrachten. Vielleicht wird man einmal in der deutschen Geschichte die Bezeichnung „Dresdener“ durch einen anderen Namen ersetzen. Aus der letzten Erklärung Seigners spreche eine große Ueberhebung. Herr Seigner, ersparen Sie uns in Zukunft solche Erklärungen, denn Sie dienen nicht dazu, zusammenzuschweißen, sondern würden nur die Schwierigkeiten in unserem Vaterlande vergrößern.

Ministerpräsident Dr. Seigner verliest, indem er der Presse die den Rücken kehrt, drei Schreiben des Wehrkreiskommandeurs. Sowie man verstehen kann, hat danach der Kommandeur einen Bezirksfunktat in Nachh. (?) abgesetzt und den Volkshilfsministerium aufgefördert, den Volkshilfslehrer und Abg. Scheller seines Amtes zu entsetzen. Nach seiner Meinung gehöre die Entsetzung von Beamten von ihren Ämtern nicht zur Kompetenz des Wehrkreiskommandeurs. Heute seien auch eine Reihe von Regierungskommissaren verhaftet worden wegen Handlungen, die sie auf Befehlen der Regierung vorgenommen haben.

Abg. Deutler (Dn.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Wir begrüßen die Einsetzung der Reichswehr in Sachen als eine durch die Entwicklung der Verhältnisse nötig gewordene Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit. Wir halten die Erörterung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Seigner und dem Wehrkreiskommandeur im Sächsischen Landtage für überflüssig und teilweise auch auf diese hinaus ausdehnen werden. Es ist unzulässig, Beamte in Sachhaft zu nehmen wegen Handlungen, die sie auf Anweisung der Regierung vorgenommen haben.

Abg. Deutler (Dn.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Wir begrüßen die Einsetzung der Reichswehr in Sachen als eine durch die Entwicklung der Verhältnisse nötig gewordene Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit. Wir halten die Erörterung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Seigner und dem Wehrkreiskommandeur im Sächsischen Landtage für überflüssig und teilweise auch auf diese hinaus ausdehnen werden. Es ist unzulässig, Beamte in Sachhaft zu nehmen wegen Handlungen, die sie auf Anweisung der Regierung vorgenommen haben.

Abg. Sieberath (Komm.) wendet sich gegen das Auftreten der Reichswehr. Man wolle die sächsische Macht über die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung durchsetzen. Soeben sei auch ein Hauptmann der Polizei, ein Demokrat, verhaftet worden. Die Reichsregierung sei nur das Ausführungsorgan von Stinnes.

Abg. Dr. Seifert (Dem.) gibt folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung begründet die Verhärterung der Reichswehr damit, daß in Sachen in letzter Zeit weder Ruhe noch Sicherheit und Freiheit der einzelnen Staatsbürger gewährleistet worden ist, wie es die Reichsverfassung fordert. Die Tatsachen geben dieser Auffassung recht. Deshalb helfen wir und hinter die Maßnahmen der Reichsregierung, soweit diese den Zweck haben, Ruhe und Ordnung zu sichern. Da aber die bedauerlichen Ausbreitungen ihre wesentliche Ursache in der entsetzlichen Not des Volkes haben und da die Not durch den Einmarsch von Soldaten nicht behoben wird, fordern wir von der Reichsregierung, daß sie Hand in Hand mit der Landesregierung ungehindert Maßnahmen trifft, die Not zu lindern, daß sie insbesondere reich und rücksichtslos gegen die Erwerbslosen einzelner die Versorgung von Getreide und Kartoffeln durchsetzt und diese der notleidenden Bevölkerung Sachstens zuführt. Von der Reichswehr, Offizieren wie Mannschaften fordern wir, daß sie sich als Hüter des gleichen Volkes fühlen und ihren Auftrag so ausführen, wie es den Absichten der Reichsregierung entspricht und alles vermeiden, was die vorhandene Erregung im Volke zu steigern geeignet ist. Daß sie bei etwaigen weiteren Störungen der Ordnung erst dann eingreifen, wenn die sächsischen und staatlichen Polizeibehörden zu schwach wären, solche Störungen zu beseitigen. Den gegen die Reichswehr erhobenen Beschuldigungen gegenüber fordern wir strenge sächsische Untersuchung und soweit Verhaftungen Einzelner vorliegen sollten, strenge Verhaftung. Wir fordern des weiteren von der Reichsregierung, den landesverräterischen Verbrechen in Sachen mit voller Schärfe entgegen zu treten. Gegen eine Gewährung von Sonderrechten an Bayern erheben wir den schärfsten Einspruch. Von der sächsischen Regierung fordern wir, daß sie, wenn es ihr Ernst um das Vertrauensverhältnis zwischen Sachsen und dem Reich ist, alles tut, das gesunde Verhältnis wieder herzustellen und dauernd zu erhalten. Die sächsische Presse bitten wir, gegen übertriebene unsere Wirtschaft schädigende Darstellungen der Verhältnisse in Sachen Stellung zu nehmen. An das sächsische Volk aber richten wir die Mahnung, sich zusammenschließen zur gemeinsamen Abwehr der gemeinsamen Not und der dem Deutschen Reich von außen kommenden Gefahr.

Abg. Dägger (DVP) stellt gegenüber dem Ministerpräsidenten fest, der Wehrkreiskommandeur stehe an Stelle des Reichspräsidenten. Der Artikel 48 der Verfassung gebe

ihm Befugnisse zu den Maßnahmen, sobald sie nicht gegen die Reichsverfassung verstoßen. Ministerpräsident Dr. Seigner erklärt, diese Auffassung sei unrichtig. Die Grundlage für die Handlungen des Wehrkreiskommandeurs bilde die Verordnung des Reichspräsidenten. Diese belege, daß die vollziehende Gewalt auf den Wehrkreiskommandeur übertrage. Dazu gehörten aber nicht Maßnahmen, die zu den Befugnissen der Länder gehörten. Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung: Dienstag, nachmittags 1 Uhr.

Bekanntmachung des Reichswehrkommandanten.

Das Reichswehrkommando teilt mit: In Meißen und Pirna ist die Reichswehr durch das Verhalten eines Teiles der Bevölkerung gemindert worden, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die für die Truppe wie für die Bevölkerung gleich bedauerlichen Vorfälle wären vermieden worden, wenn sich alle Teile der Bevölkerung im Sinne des Aufrufes vom 25. Oktober voll bemüht wären, was es bedeutet, wenn auf Befehl der Reichsregierung die Reichswehr eingesetzt wird.

Die Reichswehr ist keine Polizei, die alle Maßnahmen des Verhältnisses, Lureben und Nachgeben erschöpft, ehe sie einschreitet!

Die Reichswehr ist die letzte und schärfste Waffe, über die die Reichsregierung verfügt und die sie einsetzt, wenn der Ernst der Lage es erfordert.

Wenn sich die Reichswehr dort, wo sie Widerstand findet, auf lautes Verbänden einläßt, werden die Elemente, denen bereits die nötige Achtung vor der Polizei abhanden gekommen ist, auch durch die Reichswehr nicht in Zaum gehalten. Damit wird die schärfste Waffe des Staates funktionslos.

Alle Teile der Bevölkerung müssen sich darüber klar sein, daß die Reichswehr jeden Widerstand, den sie bei der Durchführung ihres Auftrages findet, mit den ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln brechen muß.

Wenn bei Volkskundgaben der dritten Aufforderung aufeinanderzutreten, keine Folge geschieht, wird mit der Waffe vorgegangen. Wird die Reichswehr jedoch selbst tätlich angegriffen, so wird sie sofort einschreiten. Sie handelt dann in Notwehr.

Auch die Auffassung einzelner Orts- und Behörden, daß es Pflicht der Reichswehr wäre, ihr Zutreten jeweils vorher bekannt zu geben, ist irrig.

Bei der jetzigen Lage ist es nicht möglich, wie bei einer Truppenübung zu verfahren. Außerdem ist durch den in ganz Sachsen verbreiteten Aufruhr vom 20. Oktober der Einsatz von Truppen allenfalls angedeutet. Jede Stadt usw. muß also mit ihrem Schicksal rechnen. Dabei werden natürlich auch Orte berührt, in denen die Ruhe und Ordnung nie gestört war.

Der besonnenen Teil der Bevölkerung hat die staatsbürgerliche Pflicht, den Truppen bei Erfüllung ihres Auftrages zu helfen.

Die Reichswehr befehlt das Polizeibrückdium.

Dresden. Seitens der Reichswehr ist gestern das Polizeibrückdium befehlt und der Einsatz durch Maschinenengewehr und Posten gesichert worden. Es darf angenommen werden, daß die Verantwärtung hierzu die Hamburger Vorfälle gewesen sind, bei denen unermartete Sturmgänge seitens der Kommunisten auf die Polizeigebäude und Polizeiwachen unternommen wurden.

Verhaftungen der Reichswehrtruppen.

Das Wehrkreiskommando teilt mit: Von den Truppen des Generals Felch sind die bisher in Niederbühl und Lohmwig liegenden Teile am 25. d. M. in Gegend Harand verlegt worden. Kavallerie ist aus der Gegend südlich Harand nach Freiberg herangezogen worden. Oberst Frödenbach hat die in Lohmwig liegenden Truppen nach Falkenstein verschoben.

Die Besprechungen in Hagen.

Hagen. Im Kreishaus zu Hagen fand gestern eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichskanzler mit den Reichsministern des Innern und für die besetzten Gebiete der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise aus den verschiedenen Teilen des besetzten Gebietes teilnahmen. Der Reichskanzler erklärte mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke,

Au unsere Leser!

Das Riefaer Tageblatt kostet für die Woche vom Sonnabend, den 27. Oktober, bis Freitag, den 2. November 1923, 9 Millionen Mark einschließlich Zustellgebühr. Wir bitten unsere Bezüge, das Bezugsgehalt rechtzeitig (ab Sonnabend) bereit zu halten, damit unseren Zeitungsboten das Gewicht des Einkommens erleichtert wird. Die Bezüge, die am Sonnabend, den 27. Oktober (1. Tag der neuen Bezugswoche), die Zeitung entgegennehmen, befinden sich über ihr Einkommen mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterlieferung verpflichtet, falls sie nicht die zugefallene Zeitung dem zum Massieren des Bezugspreises später vorstehenden Zeitungsboten zurückgeben. Verlag des Riefaer Tageblattes.

Das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Befürchtungen absolut unbegründet seien. Er ließ im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage des Reichs die finanziellen Leistungen für das besetzte Gebiet geregelt habe; diese sollen auch weiterhin in den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Reichs fortgesetzt werden. Zu den gegenwärtigen wesentlichen Beständen bemerkte der Reichskanzler, daß nach wie vor die Durchführung solcher wasserbaulicher Vorhaben erwartet werden möchte und daß für die Reichsregierung und die Länderregierungen jeder Gedanke einer Verletzung der besetzten Gebiete vom Reich und den Ländern selbstverständlich ausgeschlossen sei.

Die Tätigkeit der Sonderbündler.

Der Sturm auf Arefeld.
Die Pariser Blätter berichten aus dem besetzten Gebiet, daß am Mittwochabend die Stadt Arefeld nach erbittertem Kampfe von den Sonderbündlern genommen wurde. Der Polizeipräsident Schneider ist mit mehreren Beamten im Laufe des Kampfes gefallen. Die Zahl der Toten beträgt 11 und die der Verwundeten 60. Die kaiserliche Polizei ergab sich erst, nachdem sie ihren Munitionsvorrat erschossen hatte. Die Sonderbündler brauchten beim Sturm auf das Rathaus Mannenmacher, die sie nur von den Franzosen erhalten haben können.

Widerstand gegen die Sonderbündler in Duisburg.

Wie die „Deutsche Wlt.“ aus Duisburg meldet, wurden die Sonderbündler durch einen Angriff der Bevölkerung vom Rathaus vertrieben, entwaffnet und von der empörenden Menge verprügelt. Die Sonderbündlerische Fahne wurde auf dem Rathaus und auf dem Hauptpostgebäude heruntergerissen. Auch hier haben sich die Belgier der Separatisten führend angenommen. Die erste Polizei ist in ihrem Hauptquartier von einer starken belgischen Truppenabteilung interniert.

Die Lage in Mainz sehr ernst.

(Mainz.) Die Lage in der Stadt ist sehr ernst. Die Separatisten, die von außerhalb Verstärkungen erhalten haben sollen, halten das Regierungsgebäude noch immer besetzt. Während die Franzosen das Stadthaus wieder erobert haben, halten sie einzelne Polizeireviere noch besetzt. Die Umgebung der Regierungsgebäude wird von weißen und farbigen Franzosen überwacht. Mit weißen Armblenden versehenes französisches Militär hält den Ordnungsdienst in der Stadt aufrecht.

Kessbad bei Mainz.

Die Separatisten halten die Regierungsgebäude, Rathaus, Polizeidirektion und das Landhaus noch immer besetzt. Von Bonn. Gestern mittags 12 Uhr marschierte französische Besatzung auf Befehl Trudis mit Maschinengewehren zum Rathaus und besetzte es. Die grün-weiße Flagge ist wieder gehißt und die Republik wieder ausgerufen worden.

Von Belgien beschossen.

(Aachen.) Bei dem gestern Einbringen der Polizei in das Regierungsgebäude wurde ein belgischer General erschossen. Da die deutsche Polizei keinen Schuß abgeben hat, kann es nur von einem Sonderbündler herkommen. In die Krankenhäuser sind weitere fünf Verwundete eingeliefert worden. In der Nähe des Regierungsgebäudes wurde ein deutscher Sanitätsauto von belgischen Soldaten beschossen. Zwei Polizeibeamte, die an der Räumung des Regierungsgebäudes beteiligt waren, sind schwer verwundet, befinden sich aber nach Angabe der Ärzte nicht mehr in unmittelbarer Lebensgefahr. Die Abteilung, die das Regierungsgebäude gegen weitere Überfälle sichern sollte, ist gestern vormittag 11 Uhr von den Belgieren entmachtet worden. — Wie von der Besatzung bekannt gegeben worden ist, müssen alle Studenten der Technischen Hochschule, die nicht Kessener sind, bis zum 27. Oktober die Stadt verlassen.

Angelas Heirat.

Roman von E. G. Roberth.
Nachdruck verboten.

18. Fortsetzung.

Angela las den Brief zweimal durch, zuerst mit einem Erstaunen, das an Entrüstung grenzte, dann mit weichen Gefühlen, und die letzteren behielten schließlich die Oberhand. Sie fand, daß Herrn Martens' Brief sehr offen und ehrlich sei, und daß er die peinliche Angelegenheit sehr ruhig und sachgemäß und ohne jede Sentimentalität auf-fasse. Es war auch aus seinen Zeilen deutlich zu erkennen, daß er ihre Strenge bekräftigt und sie ehrte, und daß auch er die Bedingung unerschrocken fand. Dies Verstehen ihrer Haltung in der Sache rührte sie und schmichelte ihr. Zudem hatte der Brief sie in einem Augenblicke erreicht, wo er ihr großen Eindruck machen mußte, denn die Ereignisse des Nachmittags hatten ihren Mut sehr geschwächt. Sie war tief niedergelassen und hatte jeden Glauben an eine aus eigener Kraft aufgebaute glückliche Zukunft verloren. Sie war im Gegenteil sehr überzeugt, daß ein armes, freundliches Mädchen nicht die geringste Aussicht auf Erfolg im Kampf des Lebens hat. Obgleich daher ihr Brief an Erich Martens durchaus keine bestimmten Verheißungen enthielt, so hatte sie doch mit demselben die Stengen durchbrochen, die sie sich selbst gezogen hatte.

Sie schrieb ihm ein kurzes, schüchternes Bilet, in welchem sie ihm mitteilte, sie werde ihn gern nächsten Sonnabend um drei Uhr bei dem Justizrat treffen, wenn Doktor Grüning ihr gestatten wolle, zu dieser etwas unpassenden Zeit zu kommen. Der Sonnabendnachmittag war die einzige freie Zeit, die Angela während der Woche genoß, denn an diesem Tage pflegte Frau Diehl mit den Kindern deren Großmutter in Friedrichshagen zu besuchen, und so war Angela für diesen einen glücklichen Nachmittag sich selbst überlassen.

Nachdem der Brief geschrieben und die Verabredung getroffen war, hätte sie am liebsten den ersten zurüch-tigkeits und die zweite widerrufen, aber sie schämte sich, dies einmal in anderem Sinne zu schreiben, und so blieb es dabei.

Wie sie jedoch am Sonnabend kurz vor drei Uhr die Ebene zu des Justizrats Bureau emporstieg, da klopfte

Zu den Vorgängen in der Pfalz.

Nach in Berlin eingegangenen Meldungen soll trotz des gestrigen Überfalls heute nachmittag vier Uhr die autonome Republik in Speyer ausgerufen werden. Zu dieser Stunde hat General de Mes eine Versammlung des Kreis-lages und die Führer der politischen Parteien und des Gewerkschaften, sowie Vertreter von Industrie und Handel ein-berufen. Dieser Versammlung wird der General die Ver-fassung der Republik Pfalz vorgelesen.

Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung den deutschen Geschäftsträger in Paris beauftragt, gegen das Vorgehen des Generals de Mes in der Pfalz Protest zu erheben.

Mahnahmen gegen die Besetzungen.

Dem Vernehmen nach hat die Bayerische Staatsregie-rung gegenüber den Besetzungen des Reichstagsabgeord-neten Hoffmann-Rallerslaunern und Genossen folgenden Standpunkt eingenommen: 1. Den Besetzern wird gezeuht, sich einer verfassungswidrigen Regierung in der Pfalz anzuschließen zu lassen. 2. Die bayerische Staatsregierung wird alle Rechte ihrer Beamten wahren. 3. Nahrung und Geldmittel sowie alle anderen bisher bewilligten Subven-tionen unterbleiben gegenüber einer pfälzischen Republik. Die Maßnahmen treten in dem Augenblick in Kraft, in welchem eine verfassungswidrige Regierung in der Pfalz aus-gerufen wird.

Ein „bebaulicheres Verhältnis“ der Franzosen.

Vorgestern nachmittag trat eine schon von der gegenwärtigen Ausübung der Lage angelegte Konferenz von Vertre-tern der Wirtschaft mit General de Mes zusammen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der französische General, der Sinn der Darlegungen des Majors Louis sei doch ein bebaulicheres Verhältnis des Überbesetzers erreicht worden. Der General stelle fest, daß die fragliche Erklärung des Majors nicht identisch sei mit der Willensäußerung der sozialdemo-kritischen Unterhändler, die ausdrücklich verlangt hätten, die Pfalz solle im Falle ihrer Selbständigmachung im Verande des Deutschen Reiches verbleiben. — Hierzu führte Reichs-tagabgeordneter Hoffmann-Rallerslaunern aus, die Sozial-demosokraten würden niemals für eine autonome Pfalz zu-halten sein, wenn diese nicht als zum Deutschen Reich ge-hörig betrachtet würde.

Plünderungen und Unruhen im Reich.

Blutige Zusammenstöße.

(Berlin.) Gestern morgen sammelten sich etwa 1200 Personen an den Feldern zwischen Rantzen und Linden an, um Kartoffeln zu kaufen. Nach kurzer Zeit stießen aber ver-schiedene Kartoffelkramler auch über ein noch nicht abgerei-tes Feld her, worauf die Polizeibeamten die Leute zur-ückwies. Die Polizeibeamten wurden von der Menge bedroht, sodas ein Beamter auf eine Kugel fälligen mußte, wo er in der Notwehr zwei Schüsse abgab. Dadurch wurde ein 13jähriger Knabe getötet und ein 13jähriges Mädchen schwer verletzt.

(Frankfurt a. M.) Auch im Laufe des gestrigen Tages ist es verschiedentlich zu argeren Zusammenstößen gekommen. In der Großen Friedberger Straße wur-den zwei Lebensmittelläden geplündert. Die Polizei konnte jedoch überall die Menge wieder zerstreuen, ohne von der Waise Gebrauch zu machen. Die Nacht der bei den gestri-gen Unruhen an der Konstabler Wache Verletzten hat sich auf drei erhöht. — Anlässlich der gestrigen Zwischenfälle an der Polizeistation, wobei zwei Erwerbslose getötet wurden, wird die Frage des Generalstrafs erörtert.

(Wormen.) Gestern Abend kam es auch hier zu De-monstrationszügen gegen die Teuerung. Als vor dem Rathaus die Schutzpolizei von der Menge bedroht wurde und aus der Menge Schüsse fielen, erwiderte die Polizei das Feuer. Vier Personen wurden schwer verwundet, davon sind zwei gestorben. Außerdem wurden zwei Personen erheblich ver-wundet.

(Braunshweig.) Vorgestern nach Schöningen im Braunshweigischen Kollenzertier erlosch ein Mädchenkind im Braunschweigischen Schupo, die gestern abgesehen ist, hatte insgesamt drei Verletzte. — Vorgestern Abend wurden durch die Polizei 18 Angehörige des Innendeutschen Ordens fest-genommen, die sich zur Abhaltung einer militärischen Lebung verammelt hatten. Die Festgenommenen waren im Besitz von Leuchtschlagern, Gummikulspen und Dolchen, die beschlagnahmt wurden. Sämtliche Verhafteten sind dem Amts-gericht angeführt worden.

(Darmstadt.) In Darmstadt versuchte ein Trupp junger Durstigen, nach Plünderung eines Waffentadens die Poli-zeiwache am Rathausplocke zu stürmen. Die Polizei er-widerte das Feuer und säuberte die Straßen. Die Kommu-nisten haben entgegen dem Willen der befohlenen Arbeiter-schaft in Darmstadt den Generalstreik verkehrt. Den „Hamd-Nachr.“ zufolge wurden bei den Unruhen drei Personen ge-

Stet und in schwerer Verleht. Die Schutzpolizei heute Teine Verlehte.

(Düsseldorf.) Gestern kam es in der Stadt wiederum zu schweren Unruhen. Im Laufe des Nachmittags sammelten sich große Massen von Jugendlichen, auf dem Untermarkt und in der Marktstraße an. Gegen 7 Uhr Abends sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Hause des Grob-fabrikanten Jäger in der Rheinstraße und versuchte in das dortige Lebensmittellager einzudringen. Durch sofortigen Einschlag von Polizeibeamten und Landjägern konnten Unru-derungen an dieser Stelle verhindert werden. Da die Menge auf die Aufforderungen der Beamten hin nicht auseinander-ging, und diese sogar mit Steinen und Eisenkugeln bewarf, wurden die Straßen geräumt und die Waren in den Waren-böden wurden Fensterheben eingeschlagen und Waren ge-plündert. Auch verschiedene kleinere Geschäfte wurden be-raubt. Da die Polizei nicht ausreichte, mußte Reichswehr eingesetzt werden. Bei den Zusammenstößen wurde ein 12-jähriges Kind getötet, mehrere Plünderer wurden festgenommen.

Die Lage in Hamburg.

Wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, ist die Tätig-keit des Polizeikommissars in Bramfeld gestern gegen mittag wieder aufgehört. In dieser Gegend werden seit-jetzt Aufsicherer festgenommen. In der Gegend von Wanz-beck hat ein Kommando der Hamburger Jäger die Schar-kung übernommen. Im Stadtteil Wandsbeck herrscht wieder Ruhe. Starke Abteilungen der Ordnungspolizei hatten hier Wache. Am Wandsbeker Markt wurde mittags wieder ein Nachschuß geschickt, und es entstand eine starke Schiere. Der Nachschuß entkam. Den ganzen Vormittag über sah man Patrouillen mit geladenen Wundbüchsen vorbeiziehen. Der in Wandsbeck angekündigte Schuß ist sehr bedeutend. Es wird lange Zeit dauern, bis die Wundbüchsen, Drähen und umgelagerten Bäume wieder befestigt sind.

Der Reichspräsident an den Senat.

Der Reichspräsident hat an den Senat in Hamburg nachstehendes Telegramm geschickt: „Hamburger Schutz-polizei hat unter Einwirkung von Leben und Gesundheit mit Mut und Umsicht die außerordentliche Bewegung nieder-gehalten, die Ruhe in Hamburg, das für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben so außerordentlich wichtig ist, wieder hergestellt und damit dem gesamten deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen. Ich bitte, Führern und Beamten den Dank und die Anerkennung des Reiches hier-für auszusprechen; den Vorkämpfern der gesunden Arbeit und dem besten Willen für ihre halbjährige Verdienste zu danken.“ Reichspräsident Ebert.

Die Aufnahme der deutschen Note.

Die Note der Deutschen Regierung an die Reparations-Kommission wird von einem Teil der französischen Presse bereits abgelehnt. Der Quai d'Orsay hat nach dem Quotidien schon gestern Abend angefangen, Louis Barthou werde den Befehl erhalten, sich der Wahrung der Note zu entziehen, bis die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachleistungen wieder aufgenommen habe.

Eine angeblich offizielle Auslassung der Agentur Havas über die der Reparationskommission überreichte deutsche Note bezeichnet diese in der Form als „offizielle Neutralität“ und sagt: Die Note bringe keine positiven Vorschläge, sondern nur in der Note enthaltenen Hinweise auf die Schwächung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Belegung des Ruhrgebietes bemerke die Auslassung, der passive Widerstand gegen die französisch-belgische Aktion habe dem Reiche bereits mehr Goldmark gekostet als es zur Leistung der im Londoner Abzahlungsplan vorgesehenen Leistungen hätte aufwenden müssen. In der Reparations-Kommission habe man sich gestern Abend selbstverständlich gebildet, sich irgend wie über dieses Dokument zu äußern. Es werde binnen kurzen darüber verhandelt werden, ob das von der Kriegsalkotommission eingeschlagene Ver-fahren vollkommen regulär sei. In offiziellen französischen Kreisen habe man die deutsche Note bisher nur mit einer erken-nterfühllichen Haltung unterzogen können. Dementsprechend zeige man sich in diesen Kreisen sehr zurückhaltend. Es sei indeßen nicht zweifelhaft, daß die französische Regie-rung nicht davon denke, den deutschen Industriellen die Sachlieferungen zu entziehen. Die deutsche Regierung habe sich mit den belgischen Staatsangehörigen zu verhandeln, die ihr die Notizen vorschickten würden. Die französischen und belgischen Behörden des besetzten Gebietes könnten auch weiterhin mit denjenigen belgischen Industriellen die dies im Interesse der Wiederherstellung der Wirtschafts-tätigkeit wünschten, Abmachungen treffen nach Art der-jenigen, die mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wor-den seien, und die den Alliierten bedingungslos die Beab-tigung eines Teiles der Produktion dieses Konzerns ermöglicht haben.

Angela Heirat.

Roman von E. G. Roberth.
Nachdruck verboten.

18. Fortsetzung.

Angela las den Brief zweimal durch, zuerst mit einem Erstaunen, das an Entrüstung grenzte, dann mit weichen Gefühlen, und die letzteren behielten schließlich die Oberhand. Sie fand, daß Herrn Martens' Brief sehr offen und ehrlich sei, und daß er die peinliche Angelegenheit sehr ruhig und sachgemäß und ohne jede Sentimentalität auf-fasse. Es war auch aus seinen Zeilen deutlich zu erkennen, daß er ihre Strenge bekräftigt und sie ehrte, und daß auch er die Bedingung unerschrocken fand. Dies Verstehen ihrer Haltung in der Sache rührte sie und schmichelte ihr. Zudem hatte der Brief sie in einem Augenblicke erreicht, wo er ihr großen Eindruck machen mußte, denn die Ereignisse des Nachmittags hatten ihren Mut sehr geschwächt. Sie war tief niedergelassen und hatte jeden Glauben an eine aus eigener Kraft aufgebaute glückliche Zukunft verloren. Sie war im Gegenteil sehr überzeugt, daß ein armes, freundliches Mädchen nicht die geringste Aussicht auf Erfolg im Kampf des Lebens hat. Obgleich daher ihr Brief an Erich Martens durchaus keine bestimmten Verheißungen enthielt, so hatte sie doch mit demselben die Stengen durchbrochen, die sie sich selbst gezogen hatte.

Sie schrieb ihm ein kurzes, schüchternes Bilet, in welchem sie ihm mitteilte, sie werde ihn gern nächsten Sonnabend um drei Uhr bei dem Justizrat treffen, wenn Doktor Grüning ihr gestatten wolle, zu dieser etwas unpassenden Zeit zu kommen. Der Sonnabendnachmittag war die einzige freie Zeit, die Angela während der Woche genoß, denn an diesem Tage pflegte Frau Diehl mit den Kindern deren Großmutter in Friedrichshagen zu besuchen, und so war Angela für diesen einen glücklichen Nachmittag sich selbst überlassen.

Nachdem der Brief geschrieben und die Verabredung getroffen war, hätte sie am liebsten den ersten zurüch-tigkeits und die zweite widerrufen, aber sie schämte sich, dies einmal in anderem Sinne zu schreiben, und so blieb es dabei.

Wie sie jedoch am Sonnabend kurz vor drei Uhr die Ebene zu des Justizrats Bureau emporstieg, da klopfte

Angelas Heirat.

Roman von E. G. Roberth.
Nachdruck verboten.

18. Fortsetzung.

Angela las den Brief zweimal durch, zuerst mit einem Erstaunen, das an Entrüstung grenzte, dann mit weichen Gefühlen, und die letzteren behielten schließlich die Oberhand. Sie fand, daß Herrn Martens' Brief sehr offen und ehrlich sei, und daß er die peinliche Angelegenheit sehr ruhig und sachgemäß und ohne jede Sentimentalität auf-fasse. Es war auch aus seinen Zeilen deutlich zu erkennen, daß er ihre Strenge bekräftigt und sie ehrte, und daß auch er die Bedingung unerschrocken fand. Dies Verstehen ihrer Haltung in der Sache rührte sie und schmichelte ihr. Zudem hatte der Brief sie in einem Augenblicke erreicht, wo er ihr großen Eindruck machen mußte, denn die Ereignisse des Nachmittags hatten ihren Mut sehr geschwächt. Sie war tief niedergelassen und hatte jeden Glauben an eine aus eigener Kraft aufgebaute glückliche Zukunft verloren. Sie war im Gegenteil sehr überzeugt, daß ein armes, freundliches Mädchen nicht die geringste Aussicht auf Erfolg im Kampf des Lebens hat. Obgleich daher ihr Brief an Erich Martens durchaus keine bestimmten Verheißungen enthielt, so hatte sie doch mit demselben die Stengen durchbrochen, die sie sich selbst gezogen hatte.

Sie schrieb ihm ein kurzes, schüchternes Bilet, in welchem sie ihm mitteilte, sie werde ihn gern nächsten Sonnabend um drei Uhr bei dem Justizrat treffen, wenn Doktor Grüning ihr gestatten wolle, zu dieser etwas unpassenden Zeit zu kommen. Der Sonnabendnachmittag war die einzige freie Zeit, die Angela während der Woche genoß, denn an diesem Tage pflegte Frau Diehl mit den Kindern deren Großmutter in Friedrichshagen zu besuchen, und so war Angela für diesen einen glücklichen Nachmittag sich selbst überlassen.

Nachdem der Brief geschrieben und die Verabredung getroffen war, hätte sie am liebsten den ersten zurüch-tigkeits und die zweite widerrufen, aber sie schämte sich, dies einmal in anderem Sinne zu schreiben, und so blieb es dabei.

Wie sie jedoch am Sonnabend kurz vor drei Uhr die Ebene zu des Justizrats Bureau emporstieg, da klopfte

der linken Seite herunter, mit einem von 4 Personen...

Leipzig. Die gefährliche Unart der Kinder, mit dem...

Streik sächsischer Bergarbeiter.

Die Belegschaft des Sächsische Braunkohlenwerkes...

Der Reichsernährungsminister an die Landwirte.

Der Reichstagsabgeordnete Graf Ranth ist bekanntlich...

An meine Berufsgenossen!

In schwerer Not des Vaterlandes habe ich das Reichs...

Deutschlands Not ist nicht zum mindesten durch den...

Heutiger Dollarkurs (AMTL.): 6516250000 M.

Verpflichtung, ohne Gewähr.

Dah ich als praktischer Landwirt mich zu feinerer...

Viele meiner bisherigen Parteifreunde werden meinen...

Mein Entschluß bedeutet für mich schwere persönliche...

Berufsgenossen, denkt an die furchtbare unbeschreibliche...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 26. Oktober 1923.

Generalkreis in Frankfurt.

Frankfurt a. M. In einer gestern abend im Gewerkschafts...

Rundgedungen gegen jeden Vertragsbruch.

Frankfurt a. M. In den Vorgängen in der Pfalz wird aus...

München. Gegen die Pfälzer Landesvertreter wird...

Köln. Aus Trier wird der „Sächsischen Volkszeitung“...

Erneute Lebensmittelkurven in Düsseldorf.

Düsseldorf. Gestern abend zwischen sechs und sieben...

Feierlichkeiten auf den Schloßanlagen.

Duer. Die Lage auf den Schloßanlagen ist im Augenblick...

Kunst und Wissenschaft.

Wochenprogramm der Sächsischen Staatsbibliothek. Das Programm...

Volkswirtschaftliches.

Die Bundesländerübersicht beträgt am 26. Oktober 1923...

Die Schiffsregistrierung zur Deutschen Argentinzeit.

Der Goldwährungsstand für Reichssteuer am 26. Oktober...

Der Stand der Goldmark. Stand der Goldmark am 25. 10.;

Die Vorbereitungen am 25. Oktober. Die reichsteure Haltung...

Die Kredite der Rentenbank zunächst nicht wertbeständig...

Marktberichte.

Breslauer Schlachtviehmarkt vom 25. Oktober. Auftrieb:...

Am tliches.

An die in der Altstadt Niesa wohnhaften...

Kleinrentner-Unterstützungsauszahlung...

Erweiterte Steuererhebung durch die Finanzkassen.

Vom 1. November 1923 ab wird die Einkommensteuer...

Eine Ausnahme von der Anordnung in Absatz 1...

dringend empfohlen, alle Zahlungen an die Finanzkassen...

Die durch Bekanntmachung für Oktober 1923...

Elektrizitätsverband Gröba (Gemeindeverband).

Kirchennachrichten.

23. Trinitatissonntag 1923. Niesa, Trinitatis-Gemeinde...

Landesverein Sächsischer Heimatschutz.

Theater Hotel Höpfer. Dienstag, 30. Oktober.

Waren-Einkaufsverein e. G. m. b. H., Niesa.

Möbl. Zimmer u. j. Beamten ab 1. 11. 23...

Ausverkaufpreise ab 27. Oktober.

Gasthof J. Hof, Niegewitz Sonntag, den 28. Oktober...

Gasthof Seerhausen Sonntag, den 28. Oktober...

Gasthof Vorkitz Sonntag, den 28. Oktober...

Gasthof Zeithain Sonntag, den 28. Oktober...

Gasthof Grödel Sonntag, den 28. Oktober...